Nr. 122. 38. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Montag, 8. März 1909

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Posadowskys Mahnungen.

Zum ersten Male seit seinem Rücktritt vom Reichsamt ist Graf Posadowsky auf der Frankfurter Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform wieder vor die Oeffentlichkeit getreten. Fast zwei Jahre lang stand er der politischen Entwickelung mit zurückhaltendem Schweigen gegenüber. Wiederholt mußte das bedauern darüber ausgesprochen werden, daß eine Kraft wie die des Grafen Posadowsky brach liegt. Er gehört in den Reichstag. In parlamentarisch regierten Staaten wäre es selbstverständlich, daß eine Persönlichkeit von der Bedeutung Posadowskys einen Platz in der Volksvertretung einnimmt.

Bei uns scheint immer noch ein ungeschriebenes Gesetz zu bestehen, wonach fortgeschickte Minister von der öffentlichen Bildfläche zu verschwinden haben. Durch die Parteizersplitterung werden diese Gepflogenheiten eines atavistischen Absolutismus leider begünstigt. In Speyer war die Möglichkeit einer Wahl des Grafen Posadowsky gegeben. Aber das Zentrum stellte damals wie so oft die Kirchturmsinteressen höher als die Rücksicht auf das Gemeinwohl. Und doch tun dem Reichstage Männer not, die nicht bloß schwatzen, sondern die etwas wollen, und die auch über die notwendige positive Grundlage verfügen, um ihr Ziel durchsetzen zu können.

Die Rede, mit der Graf Posadowsky in Frankfurt zur Pensionsversicherung der Privatbeamten Stellung nahm, wird vielleicht in den Kreisen der Privatbeamten selbst mit etwas gemischten Gefühlen aufgenommen werden. Sie war von sozialpolitischem Optimismus sehr weit entfernt, und sie goß besonders in den brausenden Wein mancher Vertreter der Privatbeamten recht viel Wasser. Man soll nicht zu viel auf einmal fordern, meinte Graf Posadowsky. Man soll auch nicht zu viel von der Statistik erwarten, die mehr hemmend als aufklärend wirkt. Es kommt nicht darauf an, mit einem Male alles zu erreichen, sondern so schnell wie möglich etwas durchzusetzen. Solche Mahnung zur Selbstbescheidung findet erfahrungsgemäß nur sehr selten Gehör. Und doch war sie notwendig, wenn nicht die sehr beachtenswerte Bewegung innerhalb der Privatbeamten schließlich wirkungslos verpuffen soll.

Gewiß läßt sich der Stand der Privatbeamten nicht ohne weiteres mit den Arbeitern auf die gleiche Stufe stellen. Aber damit kann nicht gelagt sein, daß nun die Privatbeamten vom Reich günstiger behandelt werden als die bisher von der Invaliditäts- und Altersversicherung erfaßten Arbeiter. Gerade wenn das Reich eingreifen und eine Zwangsversicherung für die Privatbeamten schaffen soll, müssen sich die Privatbeamten auch mit der gleichen Leistung begnügen, die das Reich bei der Arbeiterversicherung gewährt. Graf Posadowsky bezeichnete es als ausgeschlossen, daß das Reich bei der Angliederung an die bestehende Alters- und Invalidenversicherung höhere Lasten als für die übrigen Versicherten übernimmt: irgendwelche Privilegien zugunsten der Privatbeamten, auch die Versicherung gegen Berufsinvalidität und die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre, erschienen ihm unerreichbar. Man wird zugestehen müssen, daß damit die Zwangsversicherung der Privatbeamten einen Teil ihrer Bedeutung verliert. Aber wahrscheinlich hat Graf Posadowsky recht mit der Behauptung, daß für absehbare Zeit nicht mehr zu erreichen ist.

Er führte dafür auf der einen Seite die finanzpolitische Krise an, in der wir zurzeit stehen. In der Tat ist nicht einmal recht einzusehen, wie auch nur die Witwen- und Waisenversicherung, die im nächsten Jahr in Kraft treten soll, bei der Finanzklemme des Reichs durchgeführt werden kann. Denn die Lex Trimborn hat sich als ein Windei erwiesen. Ihre Beseitigung ist unumgänglich, weil die aus dem Ueberschuß der Brotzölle fließenden Summen völlig unberechenbar sind. Was aber an ihre Stelle treten soll, das wird sich erst überblicken lassen, wenn die Finanzreform durchgeführt sein wird. Damit hat es noch gute Weile.

Noch bemerkenswerter erscheint uns indessen der Hinweis des Grafen Posadowsky auf die geheimen Gegner der sozialpolitischen Belastung. Nicht ohne Absicht betonte er warnenden Hinweis eigentlich gemeint hat. Aber darin hat er zweifellos recht, daß der sozialpolitische Eifer sehr häufig nicht ganz echt ist, sondern nur den Zweck eines Wählerfanges hat.

Man wird zugestehen müssen, daß Graf Posadowsky in bester Absicht seine wird trotzdem die Frage aufwerfen dürfen, ob die Privatbeamten nun gleich alle ihre Sonderwünsche fallen lassen sollen. Fürst Bismarck, der sich auch auf die Taktik verstand, hat bekanntlich gesagt, daß man gelegentlich ein Retourbillett nach Eydtkuhnen nehmen müsse, um nach Rummelsburg zu fahren. Auch die Privatbeamten kommen vielleicht ohne die „Zier" der Bescheidenheit weiter. Aber sie sollten sich wenigstens vom Grafen Posadowsky sagen lassen, daß sie die obligatorische Versicherung zunächst einmal so schnell als möglich durchsetzen müssen, auch wenn nicht alle ihre Wünsche erfüllt werden. In dieser Beziehung wies Graf Posadowsky mit Recht darauf hin, daß auch die Alters- und Invaliditätsversicherung heute ganz anders aussieht, als sie Fürst Bismarck geschaffen hatte.

Gerade, weil es jetzt darauf ankommt, die Sozialpolitik in der Richtung der Witwen- und Waisenversicherung wie der Privatbeamtenversicherung weiterzuführen, wird man es doppelt bedauern müssen, daß ein Mann von dem Gewicht und der Erfahrung des Grafen Posadowsky an diesem Werke nicht mitarbeiten kann. Das deutsche Volk ist nicht so reich an Intelligenzen, daß es auf die schaffende Arbeit dieses Mannes schon verzichten dürfte. Die liberalen Parteien sollten es sich zur Ehre anrechnen, dem Grafen Posadowsky ein Mandat zum Reichstage anzubieten, auch wenn sie sich sagen müssen, daß er nicht auf ein Parteiprogramm eingeschworen ist.

Um Berliner wird gebeten.

Von (Nachdruck verboten.)

Hermann Bahr.

Nämlich in Dalmatien.

Ich war jetzt wieder unten. Und überall dieselbe Klage, noch immer: Wir haben keine Fremden! Und überall derselbe Wunsch, wieder: Ja, wenn wir Berliner hätten! Allen ist es ausgemacht: Nur Fremdenindustrie kann uns retten. Oder wie sie's gern sagen: Nur als Adriatische Schweiz können wir leben. Und dürfen wir es nicht aussprechen? Wird nicht die Landschaft der Bocche, mit den weißen Bergen am blauen Golf, nordischen Fiorden verglichen? Lockt Lacromas verwunschener Hain nicht weicher als Korfu? Haben wir in Salona, kaum eine halbe Stunde von Diokletians verwitterem Palast, nicht unser Pompeji? Nicht die ganze Küste von Arbe bis nach Ragusa hinab Reste der venezianischen Herrlichkeit, mit einer Kraft im Zierlichen, einer Unschuld im Prächtigen, einem Frühling in der Anmut hier, die daheim, in der Sicherheit des eigenen Landes, längst zum Buhlerischen, Ueppigen, Prahlerischen entartet? Und dazu das Gewimmel serbischer, albanischer, türkischer Trachten, in durchgesonnten Farben! Und auf dem angestammten Stolz ungebrochener Leidenschaften liegt der bronzene Glanz der slawischen Wehmut! Uralte Sitten, aus griechischer Zeit noch, walten im Land, der Orient greift herein, aber schon wühlen westliche Gedanken, Hoffnungen aus dem Norden das Volk auf; und dies alles wird von dem ahnungslosen österreichischen Militär bewacht! Galizien und Castilien und der Peloponnes ist hier, aber in die Jugend bläst ein Alarm von Amerikanismus, Jugend dehnt sich, Jugend streckt die kühnen Arme, während von den Forts der Radetzky-Marsch klingt! Wo gibt es das noch, extremen Osten und Westen, Süd und Nord, Urzeit und Zukunft so beisammen? Hier könnt ihr ein totes Land sehen! Und hier könnt ihr ein Land erwachen sehen! Es ist ein ganz einziger Augenblick. Und hier könnt ihr den Orient begreifen, in seiner stillen Heiligkeit, und den österreichischen Bezirkshauptmann, in seiner lauten Albernheit! Aber sachte gleiten diese neuen großen, schönen Dampfer des Lloyd durch die glitzernde See, weiße Möwen ziehen mit. Möwen, aber keine Fremden. Warum kommen keine Fremden? Warum kommen die Berliner nicht? In zwei Tagen kann man von Berlin in Triest, in vierundzwanzig Stunden von Triest in Ragusa sein. Warum kommen die Berliner nicht? So hat man mich überall gefragt. Es gibt drei Gattungen von Berlinern, die im Winter reisen. Erstens die reichen Berliner. Sie gehen nach Schierke oder nach Kitzbühel oder auf den Semmering. Dann die sehr reichen Berliner. Sie gehen nach Sankt Moritz. Endlich die ganz reichen Berliner. Die gehen an die Riviera oder an den Nil. Den Dalmatinern wäre jede der drei Gattungen recht. Warum kommt keine?

Ich habe den Dalmatinern auf ihre Fragen gesagt, daß wahrscheinlich deswegen kein Berliner nach Dalmatien kommt, weil noch kein Berliner nach Dalmatien gekommen ist. Ich meine damit nicht bloß, daß der Berliner wenig Neigung hat, einen Ort aufzusuchen, wenn er nicht sicher ist, dort schon einen anderen Berliner vorzufinden. Er geht dorthin, wohin „man" geht. Er gehört nicht zu den Entdeckern im Reisen. Dies überläßt er den Engländern, deren Stolz es ist, die ersten zu sein und ein Land sozusagen zu deflorieren. Aber ich meine damit auch noch, daß der Berliner wenig Neigung, Jahre lang Berliner gehaust haben müßten, um Dalmatien für Fremde einzurichten. Denn wenn der Berliner auch kein Entdecker im Reisen ist, so gleicht er doch dem Engländer darin, daß er als Reisender produktiv ist, indem er seine Gewohnheiten, Sitten und Ansprüche in das Land mitnimmt und hier unterbringt. Dies aber ist es, was wir hier brauchen, um Dalmatien erst für Europäer wohnlich zu machen; und die Kraft dazu fehlt den Ungarn und den Wienern ganz, den einzigen Gästen, die Dalmatien bisher hat. Nachdem man der österreichischen Regierung zwanzig Jahre lang vorgesagt hat, es könne doch auf die Dauer nicht genügen, dieses Land immer noch bloß militärisch besetzt zu halten, sondern sie müsse nun doch auch einmal mit einer Art Verwaltung beginnen, es müsse für das Land irgend etwas einem Regieren Aehnliches geschehen, und das Nächste sei, Fremde herzubringen, fängt sie jetzt langsam mit Erstaunen an, dies einzusehen, glaubt nun aber alles getan, wenn sie den Lloyd verhält, diese beiden neuen schönen großen Dampfer auszurüsten, den „Baron Gautsch" und den „Prinzen Hohenlohe" (im Ministerium gilt es nämlich für die Hauptaufgabe unserer Schiffahrt, eine Art Walhalla der großen österreichischen Politiker zu sein) und wundert sich daß, daß diese behaglichen Schiffe mit ihren liebenswürdigen Kapitänen dreimal wöchentlich leer sind. Achthundert hätten Platz, meistens sind's keine Zwanzig: ein paar Offiziere, nach Cattaro versetzt, ein paar Offiziersfrauen, die ihre Männer auf vierzehn Tage besuchen, und die paar Ungarn und Wiener, die eine Woche im Hotel Imperial in Ragusa verbringen wollen, um einen Schnupfen loszuwerden. Läßt sich ein solcher einmal verlocken, auch nach einer anderen Stadt oder gar nach einer der Inseln zu gehen, so kommt er eilends zurück, entsetzt, zerstochen und halb verhungert. Er ändert aber nichts. Denn Ungarn und Wiener sind als Reisende ganz unproduktiv. Der Engländer, der ein produktiver Reisender ist, sagt: Nein, das ist kein Bett, das ist kein Essen, das ist kein Waschtisch, sondern das Bett muß so sein, das Essen so, der Waschtisch so, vorwärts! und außerdem will ich noch folgendes! Der Engländer weiß genau, was er will, zeigt es und läßt nicht ab, bis er es durchgesetzt hat. Der Ungar schimpft, reist ab und schließt daraus, daß Dalmatien ungarisch werden müsse. Der Wiener verdirbt sich den Magen, aber gern, weil es ihm wieder einmal beweist, daß es nur eine Kaiserstadt gibt. Und so zeigt niemand diesen höchst willigen Leuten hier, was der Fremde braucht. Sie sind bereit, man muß es ihnen nur sagen, denn sie wissen es nicht, man muß sie nur erziehen. Weshalb ich wiederhole: Um Berliner wird gebeten! Denn der Berliner nimmt seine Sitten, seinen Geschmack, seine Gewohnheiten auf Reisen mit und weiß sie überall mit Entschiedenheit zu installieren. Beliebt macht er sich dadurch wenig, was ja wohl auch kaum sein eigentlicher Ehrgeiz ist. Aber man weiß: wo Berliner einmal einige Zeit waren, da kann man getrost hin. Es gibt unter den Deutschen keinen anderen Stamm, der so sehr die Kraft hat zu kolonisieren.

Um Berliner wird gebeten. Noch aus einem dritten Grunde. Wo nämlich ein Berliner hinkommt, entsteht eine G. m. b. H. Jedes Gespräch in Dalmatien aber schließt damit, daß man überall eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht nötig hätte. Mit Wienern geht das nun leider nicht, weil der Wiener seinen ganz eigenen Begriff von Geschäften hat. Ein Geschäft, meint er, ist, was nachweisbar acht Prozent trägt, aber pupillarsicher. Der Berliner weiß, daß man bei einem Geschäft auch verlieren kann. Der Wiener sagt: Dann kaufe ich mir lieber gleich ein Los. Als Argument führt er dafür an: Wenn schon, denn schon! Und so geschieht's, daß man in Istrien und Dalmatien, die ganze Küste hinab, alle zwei Stunden an ein Geschäft kommt, das bereit steht, für das aber kein Geld zum Betrieb zu finden ist. Bei den Leuten hier nicht, denn sie sind bettelarm. Bei der Regierung nicht, die sie

Taft und die Temperenzler.

(Kabel-Telegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 8. März.

So oft ein neuer Präsident ins Weiße Haus einzieht, wenden sich die Führer und noch mehr die Führerinnen der Abstinenzbewegung an ihn und seine Gattin und bestürmen sie mit Bitten, sie mögen der Nation ein Vorbild geben und die Devise „Kein Alkohol ins Weiße Haus!" für die offiziellen Veranstaltungen verkünden. Diesmal hofften sie, da Präsident Taft und seine Familie als „Teetotalers" leben, mit ihrer Forderung durchzudringen. Allein Präsident Taft hat bekannt geben lassen, daß es bei dem bisherigen Brauch, wonach bei den offiziellen Diners den Gästen Weine gereicht werden, zu verbleiben hat. Bisher hat erst ein einziges Mal eine Hausherrin im Weißen Hause, nämlich die Gattin des 1877 gewählten Präsidenten Hayes, den Wünschen der Abstinenzler gemäß alle geistigen Getränke auch von der offiziellen Tafel des Staatsoberhauptes verbannt.

Die Verlegung des Termins der Präsidenten-Inauguration wird in der bevorstehenden Sondersession vom Senator Depew beantragt werden. Er schlägt die Verschiebung des Tages auf den letzten Mittwoch im April vor. Man hält die erforderliche Ratifikation der geplanten Verfassungsänderung durch drei Viertel der Staaten bereits für gesichert.

Der Wahlausfall in Italien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 8. März.

Wie bereits gestern abend erwähnt, zählt die Regierung auf die übliche starke Majorität. Die Physiognomie der neuen Kammer dürfte dieselbe sein wie früher. Im Vatikan heuchelt man Besorgnis vor antiklerikalen Tendenzen des neuen Parlaments, aber mit Unrecht, denn viele der großen Volks- und „Freiheitsmänner" sind nur mit Hilfe der Bischöfe gewählt und haben sich verpflichtet, allen dem Vatikan unangenehmen Fragen, wie Ehescheidung usw. sorgsam aus dem Wege zu gehen. So wird das demokratische Italien wohl auch in Zukunft der einzige Kulturstaat sein, der keine Ehescheidung kennt, weil es — dem Papste nicht gefällt! — Die Wahlbeteiligung in Rom war erbärmlich. Der Republikaner Mazza ist hier mit 1700, der Sozialist Bissolati mit 2800 Stimmen gewählt worden. Der liberale Fürst Caetani kommt gar mit 871 Stimmen in Stichwahl. Natürlich kam es aus politischen (das heißt in diesem Falle aus „persönlichen") Gründen an vielen Orten auch gestern zu Balgereien. In Süditalien und Sizilien wurden die Wahlurnen zerschlagen, da und dort prügelte man sich, und in der Provinz Rom mußte nach dreizig Orten (so nach den „Weinbörsern" Frascati, Genzano, Albano, Velletri) Militär entsandt werden, um einigermaßen geordnete Wahlen zu verbürgen.

Die Losreissung Islands.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Kopenhagen, 8. März.

Die Situation auf Island wird nach den neuesten von dort eingetroffenen Telegrammen als recht kritisch angesehen. Es gilt nach der Demission des Ministers für Island, Hafstein, als sicher, daß das isländische Althing den in Uebereinstimmung mit dem Gutachten der isländischen Kommission von der Regierung vor-